EINLADUNG

“Es reicht. Mehr Mut zu Suffizienz!”

Politischer Abend in Berlin am 10. April 2024 um 19:30 Uhr

Jedes Jahr erinnert uns der **Erdüberlastungstag** daran, dass wir die natürlichen Ressourcen immer schneller verbrauchen. Sechs der neun planetaren **ökologischen Belastungsgrenzen** sind bereits überschritten. Zahlreiche Studien zeigen, dass eine **Reduktion des Konsum- und Produktionsniveaus von Energie und Ressourcen** vor allem in den reichen Ländern im globalen Norden notwendig ist. Der Weltklimarat hat **Suffizienz** als eine entscheidende Strategie zum Erreichen der Klimaziele bezeichnet.

Der **Sachverständigenrat für Umweltfragen** hat sich mit dem Thema Suffizienz intensiv beschäftigt. Anlässlich der Veröffentlichung seines Diskussionspapiers im März 2024 wollen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, was die **Ergebnisse des Diskussionspapiers** für die Politik bedeuten und welche Rolle zivilgesellschaftliche Organisationen und die Kirchen in der Auseinandersetzung um Suffizienz spielen können.

Wir diskutieren diese Fragen mit:

- Dr. Julia Hertin, Generalsekretärin des SRU
- Helmut Kleebank, Vorsitzender des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag
- Dr. Jan-Niclas Gesenhues, Parlamentarischer Staatssekretär im BMUV
- Daniel Eggstein, Referent Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit Klima-Allianz

Moderation:
Bettina Locklair, Geschäftsführerin KLB Deutschland

10. April 2024 19:30 - 21 Uhr

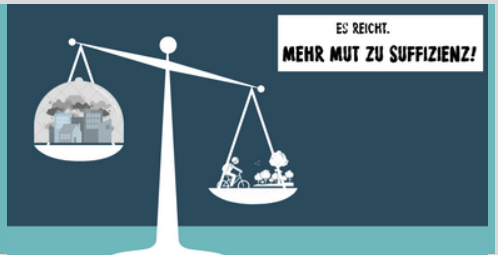
Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Str.1, 10115 Berlin

Anmeldung:
https://eveeno.com/373643891

“Es reicht. Mehr zu Suffizienz!” ist eine Aktion des Ökumenischen Netzwerks Klimagerechtigkeit mit dem Ziel, Türen in der Politik für Suffizienz zu öffnen. Zahlreiche positive Praxiseispiele zeigen, dass freiwillige Einschränkungen bereits gelebte Realität sind. Das ÖNK macht der Politik Vorschläge, wie eine ressourcen-schonendere Normalität fördern und gestalten kann.
Mehr Informationen: https://www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/artikel/mehr-mut-zur-suffizienz

Gefördert durch:
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

In Kooperation von:

Katholische Landvolk Bewegung

Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit